

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verleger: C. G. P. W. Schmidt
Redaktionsadresse: 20011

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
Die 10spaltige 2 mm breite Zeile M. 5.—, außerhalb Deutschlands M. 11.—. Familienanzeigen unter 500 Wörtern und Wohnungsanzeigen 10spaltige Zeilen und darüber 25 % Nachschuß. Druckgebühren nach Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vorzahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Schriftleitung und Druckerei:
Karl Schmidt & Co.
Druck u. Verlag von Fleischer & Kuchel in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriffsätze werden nicht aufbewahrt.

<p>Max Glöss Nachf. Moritzstraße 18. Belichtungskörper, Elektrische Platten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.</p>	<p>BANKHAUS HERMANN SCHULZ, Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernverkehr: 14026, 14034, 14038 12 Schreiberstraße 12 Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung</p>	<p>Belvedere Hotel u. Kaffee Brühlische Terrasse Kleinkunstabühne 4 Uhr Täglich 8 Uhr StraÙe Elber-Orchester-Konzerte</p> <p>Blesch 4-7 Uhr und 8-12 Uhr Konzerte Weinrestaurant — Bar Frühstückstube</p>
--	---	---

Die zweifelhaften Aussichten für London.

Die ersten Verhandlungen.

Paris, 7. August. Das meldet aus London: Poincaré hatte am Vormittag eine eintägige Unterredung mit dem belgischen Ministerpräsidenten Heunin. Die sich auf die Fragen der Auslieferungszahlungen und des Moratoriums bezog. Um 11 Uhr begaben sich die französischen Delegierten nach der Downing-Street. Die Konferenz beginnt mit einer Besprechung der drei Ministerpräsidenten Lloyd George, Poincaré und Heunin unter Leitung des belgischen Ministers des Inneren Schanzer. (W. L. D.)

Paris, 7. Aug. Wie der Sonderberichterstatter von Capas aus London meldet, war die erste Sitzung der Konferenz zum größten Teil durch Darlegungen Poincarés ausgefüllt, die am Nachmittag ihren Fortgang nehmen werden. (W. L. D.)

Auch ein belgischer Reparationsplan.

Paris, 7. Aug. Wie der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ in London mitteilt, soll der belgische Ministerpräsident Heunin einen Reparationsplan mit nach London bringen, den er aber nicht sofort mitteilen werde. Alles hänge davon ab, welche Wendungen die Verhandlungen nehmen. (W. L. D.)

Englische Befürchtungen.

Berlin, 7. Aug. Wie dem „8-Uhr-Abendblatt“ berichtet wird, betrachten Londoner politische und finanzielle Kreise die Konferenz mit Sorgen. Man befürchtet, daß eine weitere Verschleppung der Reparationsfrage den endgültigen Zusammenbruch der europäischen Währungen herbeiführen werde. Auch Lloyd George soll vertraulich erklärt haben, daß er nicht an eine Lösung der Reparationsfragen auf der Londoner Konferenz glaube, da die Schwierigkeiten zu groß seien, um überwunden zu werden. Ginge es doch, so sei seiner unberechenbaren Natur treu bleibend, anderen, als er gefragt wurde, ob er einen festen Plan habe, optimistisch geantwortet er fallen lassen, aber er habe einige Ideen. Von den zahlreichen Gerüchten scheint nur das eine wahr zu sein, daß auf der Konferenz zwei Pläne entwickelt werden sollen, die sehr wenig mit einander gemein haben. Der Plan Poincarés wolle die deutschen Reparationsschulden in dem Maße reduzieren, in dem die alliierten Schulden herabgesetzt werden sollen. Er sehe eine Reihe schärfster Maßnahmen für die Finanzkontrolle vor. Nach der unfreundlichen Aufnahme der Versailles-Note in den Vereinigten Staaten habe freilich der erste Teil dieses Planes keine Bedeutung mehr. Von dem ganzen Planes blieben nur die Kontrollmaßnahmen übrig. Lloyd George dagegen wolle eine Liquidierung der deutschen Reparationsverpflichtungen, damit Deutschland (sobald wie möglich) über seine Mittel verfügen könne. Er wolle die Reparationssumme selbst herabsetzen und die dringenden Bedürfnisse Frankreichs und Belgiens durch eine Anleihe befriedigen lassen. Man müsse nun abwarten, was aus einer etwaigen Vereinbarung solcher widerstreitenden Pläne hervorgehe.

Nur Unterfuchung der Hauptprobleme, keine Entscheidung.

London, 7. August. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Bis Sonnabend abend schien die voraussetzliche Atmosphäre alles andere als hoffnungsvoll zu sein. Aber die sehr milden (?) und etwas negativen, um nicht zu sagen nominellen Sanktionen Poincarés erleichtern die Spannung zwischen Paris und London wesentlich. Wegen der Dauer des Moratoriums wird eine lebhaftige Aussprache erwartet. Die Franzosen haben weitergehende Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen vor, als allgemein von den Alliierten gebilligt wird. Im Anschluß an die Note Versailles wird das Hauptproblem der Reparationen und Schulden wohl mehr untersucht als entschieden werden. Es ist fraglich, ob Poincarés seinen Plan unterbreiten wird. Frankreich und Großbritannien kommen heute mit sehr weit auseinandergehenden Ansichten zusammen. Doch hofft man auch diesmal, daß wie bei früheren Gelegenheiten, eine gemeinsame Formel gefunden wird, die für die Beteiligten annehmbar ist. Ein Verzicht Großbritanniens oder Italiens auf ihren Anteil an den Reparationen würde zur Folge haben, daß der Reparationsausgleich in eine sehr heiße Lage käme. Da sie nicht nur gläubiger Deutschlands wären, würde ihre Intervention als lästige Einmischung angesehen werden. Ferner würde es unerwünscht sein, Frankreich in die Lage zu versetzen, den Reparationsstill des Vertrags nach seinem freien Ermessen auszulösen. (W. L. D.)

Die Meinung der Bankiers.

Paris, 7. Aug. Das „Journal“ macht Mitteilung über die Anleiheaussichten für Deutschland. Danach hätten die Mitglieder des internationalen Anleihekomitees seit Abschluß ihrer Pariser Beratungen fortwährend mit den alliierten Regierungen, insbesondere mit der englischen in Rücksprache gestanden. Den Mitgliedern des Anleihekomitees erscheine eine Anleihe für Deutschland durchaus möglich, wenn die deutsche Schuldsumme herabgesetzt würde. Während sie früher Stellung von Sicherheiten forderten, seien sie heute gewillt, darauf zu verzichten, und der holländische Bankier Bissering gab Lloyd

George die Versicherung, daß eine solche Anleihe von amerikanischen Kapitalisten gezeichnet würde, auch wenn Deutschland keinerlei materielle Garantien neben würde, denn man bringe Deutschland Vertrauen entgegen. Aber es wäre Deutschland unmöglich, sich wieder zu erheben, solange man nicht die Hindernisse beseitige, die Deutschlands Wirtschaft lähmten. Infolgedessen müßten die Truppen aus dem Rheinland zurückgezogen, ferner alle Pläne aufgegeben werden, die darauf abzielen, sich Mittelung über die deutschen Steuerereinnahmen zu verschaffen. Die verschiedenen wirtschaftlichen Sanktionen müßten aufgegeben werden, die der Verfall der Vertrag Deutschland auferlegt; dann würde das Anleiheprojekt ohne Högern gelöst werden können.

Berliner Beratungen über die Restoritionen.

Berlin, 7. August. Die Beratungen der Reichsregierung über die Restoritionen des französischen Ministerpräsidenten sowie die Folgen, die sich für die allgemeine politische Lage, sowie für die Haltung der Reichsregierung im besondern daraus ergeben, wurden heute vormittag in Ressortgesprächen begonnen. Die zuständigen Ressorts beschäftigten sich insbesondere mit der juristischen Sachlage. Daß die Maßnahmen Frankreichs eine rechtliche Unmöglichkeit darstellen, wurde von allen Seiten nachdrücklich hervorgehoben. Als besonders trage Maßnahme wird die Verschlagnahme des Mobilars deutscher Staatsangehöriger angesehen, denn dieses Mobilar ist seinerzeit von der deutschen Regierung für 25 Millionen Franken gekauft worden, welcher Betrag auch bereits von der deutschen Regierung gezahlt wurde. Heute nachmittag 5 Uhr ist die Reichsregierung zu einer Kabinetsitzung zusammengetreten, in der sie wahrscheinlich endgültige Beschlüsse über ihre Haltung fassen wird.

Protest des deutschen Großhandels.

Berlin, 7. Aug. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels richtet folgende Mitteilung an die Presse: Die in der Presse gebrachte Mitteilung über eine in Verfolg der Note der französischen Regierung in Frage kommende stärkere Belastung der deutschen Ausfuhrschulden hat in den betreffenden Wirtschaftskreisen die größte Bestürzung hervorgerufen und geradezu verberbernd gewirkt. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat sich daher veranlaßt gesehen, bei den zuständigen Stellen der Reichsregierung, vor allem beim Reichsfinanzminister, beim Reichsfinanzministerium, beim Reichsministerium für Wiederaufbau und beim Auswärtigen Amt, telegraphisch vorstellig zu werden. In dem Telegramm heißt es: Der Zentralverband des Deutschen Großhandels erhebt gegen diese Absichten den schärfsten Einspruch und warnt dringend vor jeder Erhöhung oder Belastung der Ausfuhrschulden. Solche Belastung würde, von den Rechtsbedenken ganz abgesehen, bei der herrschenden Geldnot für die Schuldner auch bei geringem Ausmaß katastrophal wirken. Sie müßte den Zusammenbruch des deutschen Imports und den Ruin des deutschen Außenhandels zur Folge haben.

Dr. Wirth über die Ausgleichszahlungen und die Londoner Konferenz.

London, 7. August. Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ hatte ein Interview mit dem Reichsminister Dr. Wirth, in dem dieser über die Frage der Ausgleichszahlungen u. a. sagte. Deutschland wünsche nicht, die Zahlungen zu umgehen. Man habe nur erklärt, daß Deutschland nicht nach dem Plane vom vorigen Jahre bezahlen könne und daß die Zahlungen auf einen längeren Zeitraum verteilt werden müßten. Außerdem könne diese minder wichtige Frage nicht von der der Reparation getrennt behandelt werden. Die Methode der Gewaltanwendung und der Drohungen, die Frankreich bevorzuge, werde zu einer Lösung des Problems nicht führen. Wann werde Frankreich dies einsehen? Noch einige Reden von Herrn Poincaré in diesem Tone, und der Zusammenbruch der deutschen Währung werde vollständig sein. Ueber die Londoner Konferenz sagte der Kanzler, dort werde sich das Schicksal Europas entscheiden. Ein Beschluß in London würde den vollkommenen Zusammenbruch der deutschen Währung mit allen seinen Folgen bedeuten. Ueber den eventuellen Eintritt Deutschlands in den Weltkrieg und bezog, sagte Dr. Wirth: Erst wollen wir sehen, ob wir am Leben bleiben. Solange uns das Wasser bis zum Kinn steht und solange die Möglichkeit vorhanden ist, daß wir darin versinken, kann die Frage des Bundes sehr gut bis zu einer späteren Zeit zurückgestellt werden. (W. L. D.)

Paris, 7. August. Reichsminister Dr. Wirth erklärte in seinem Interview, das er gestern dem Berliner Berichterstatter des „New York Herald“ gewährte: Wenn die Londoner Konferenz eine Entlastung bringe, werde Deutschland sein Arbeitszeugnis aus der Hand legen und den Mut verlieren. Der Zusammenbruch einer Bevölkerung von 60 Millionen Deutschen werde sich nicht über Nacht wieder gutmachen lassen. Die Existenz der deutschen Republik hänge von dem Ausgang der Reparationsfrage ab.

Götterdämmerung im Parteienwesen.

Wenn ein einzelner Mensch sich im Zustande innerer Unbefriedigung befindet, schmiedet er fortgesetzt Pläne, wie er wohl am besten aus diesem seelischen Defizit herauskommen könnte. Ähnlich geht es den politischen Parteien in Deutschland. Sie fühlen alle mehr oder weniger ihre Unzulänglichkeit gegenüber der großen drängenden Aufgabe der Zeit, insbesondere auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, und diese Erkenntnis erweckt den gährenden Trieb zu neuen Gestaltungen. Einstweilen aber ist das breite, sichere Fundament für eine organische Neubildung des Parteienwesens noch nicht vorhanden, sondern es handelt sich vorerst nur um tastende Versuche zur Umgruppierung der Parteien in ihrem programmatischen Aufbau, sowie in ihrem Verhältnis zueinander. Dieser Entwicklungsprozeß begann mit der Annäherung der beiden sozialistischen Parteien, die zunächst die Form einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft annahm, dabei aber nicht stehen bleiben, sondern dem nächsten zu einer völligen Verschmelzung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen führen dürfte. Das Zentrum hat den Gedanken einer Erweiterung seines Aktionsradius durch Entkonfessionalisierung der Partei in einer Weise angenommen, die eine mehr als theoretische Bereitschaft zur Verwirklichung dieses Planes vermuten läßt; die Deutsche Volkspartei hat ihre liebe Not, die Vertreter des rechten und des linken Flügels unter einem Hut zu behalten, und auch den Deutschen Nationalen, die bisher den geschlossenen Eindruck machten, sind innere Reibungen nicht erspart geblieben. Auf das Verhältnis der bürgerlichen Parteien untereinander waren die Umformungsbestrebungen insofern von Einfluß, als sie die Anregung zur Schaffung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte gaben, die freilich bis jetzt noch ein ziemlich schwermütiges Dasein fristet, da ihre Befürworter sich über die Grundfrage nicht einig werden können, wie eine solche Organisation sich der Sozialdemokratie gegenüber stellen soll.

Am einschneidendsten hat die parteipolitische Götterdämmerung auf die Demokraten gewirkt, da diese das am wenigsten gefestete Parteigeschlecht besitzen. Das führende Frankfurter Organ hatte vor längerer Zeit unumwunden erklärt, daß die Deutsche Demokratische Partei sich in einer inneren Wärunge befindet, die ihre Träger zu sichtbar in die Dementschaft hinausstreibe, um sie noch ignorieren zu können. Die Demokraten waren die ersten, die nach der November-Umwälzung als Bannerträger der neuen bürgerlichen Parteigruppierung auf den Plan traten, aber nach dem verheerungsvollen Anlauf gingen sie rasch wieder zurück und blühten ihren Anhang in der Wählerchaft in auffällig progressiver Weise ein. Das lag gewiß nicht daran, daß das demokratische Prinzip an sich jeder politischen Junkraft entbehren hätte. Gerade in einem demokratisch-parlamentarischen Staate müßte eine besondere demokratische Partei eigentlich gute Aussichten haben. Wenn trotzdem die heutige Demokratische Partei im neuen Deutschland nicht auf einen grünen Zweig kommen konnte, so liegt das vor allem daran, daß sie nicht der alten charaktervollen preußischen Demokratie nachgeartet war, die auf ihre früheren klangvollen Namen, wie Waldeck, Grabow, Oberbürgermeister Biegler und Freiherr v. Doverbeck, noch heute mit berechtigtem Stolz blicken kann, sondern daß sie von vornherein ein innerlich zerfallenes und unharmonisches Gebilde darstellte, dem zwar die demokratische Etikette aufgeklebt war, das aber keinen entsprechenden politischen Inhalt besaß. Die Gründer der Demokratischen Partei begangen den großen Fehler, daß sie in dem Sturm und Drang der neuen Zeit nicht nach einem festen grundsätzlichen Halt griffen, sondern sich vom Wirbelwind nach allen Seiten hin fortzerrten ließen und mit allen Richtungen gut Freund sein wollten. Die schwächste und verunvollständete Stelle der Demokratischen Partei war von Anfang an ihre Stellung zur Sozialdemokratie. Hier konnte sie schlechterdings nicht das richtige Augenmaß für die Zielsetzung einer bürgerlichen Partei, die eine solche nicht nur dem Namen nach sein will, finden, und je mehr von ihren bürgerlichen Anschauungen sie dem Zusammengehen mit dem Linkenradikalismus opferte, desto schwächer wurde ihre Haltung in nationalen Fragen. Gerade hierin unterscheidet sich die heutige Demokratische Partei wesentlich von der alten Demokratie, daß sie nicht das nationale Prinzip über alles stellt. Ganz gewiß kann man der Demokratischen Partei nicht den Vorwurf machen, daß sie antinational sei. Ebenso sicher aber ist auch, daß sie in ihrem politischen Auftreten nicht so konsequente nationale Richtlinien einhält, wie es die alte 48er und die spätere preußische Demokratie taten. Die heutige Demokratische Partei ist in nationalen Dingen schwankend. Sie läßt sich darin zu sehr von der Rücksicht auf die Sozialdemokratie beeinflussen, soweit die offizielle Parteipolitik in Betracht kommt, die im wesentlichen von der Gruppe der „Frankfurter Zeitung“ gemacht wird. Diese Richtung hat zwei Seelen in der Brust, eine bürsenschaftliche und eine der Sozialdemokratie zugeneigte, und daraus ergibt sich ein politischer Wischmasch, der zielbewußten bürgerlichen Elementen selbstverständlich nicht zuzufagen kann.

Dollar (Freiverkehr): 740